

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Band: 48 (1956)
Heft: 11

Artikel: 88. Jahreskongress des TUC
Autor: Bieligg, K.F.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-353766>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 09.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

gleichzeitig den Wohlfahrtsstaat. Die zweite industrielle Revolution zwingt die Arbeiterbewegung, für zehn oder zwanzig Jahre voranzuplanen. Wie lange noch wird man in den USA von einer freien Wirtschaft sprechen können? Gegenwärtig jedenfalls fordert der Präsident der Automobilarbeiter die Bildung einer Kommission, die die Entwicklung der Automation zu kontrollieren hätte und aus Vertretern der Regierung, der Arbeitgeber und Gewerkschaften zusammengesetzt sein müßte. Vorerst allerdings nur für das Gebiet von Michigan; aber es ist klar, daß solche Maßnahmen sich bald auf das ganze Land ausdehnen müßten.

Im übrigen, meint der Berichterstatter des «Monde», werde nach der Vereinigung der beiden großen Gewerkschaften AFL und CIO «big labor» mit «big business» und «big State» um die Gestaltung von Amerikas Zukunft ringen.

(Uebersetzt und zusammengefaßt von Bruno Muralt.)

88. Jahreskongreß des TUC

Dieser Bundeskongreß der englischen Gewerkschaften wird nicht zu denen gehören, die beim Studium der Geschichte der englischen Gewerkschaftsbewegung überschlagen werden können. Es hat viele Bundeskongresse gegeben, die keinen besonderen Eindruck hinterlassen haben. Sie hatten sich vorwiegend mit inneren Angelegenheiten und formal-organisatorischen Fragen zu beschäftigen. Obwohl deren sorgfältige Behandlung erst die Voraussetzungen für die Fähigkeit der Gewerkschaftsbewegung und für ihre Aufwärtsentwicklung schafft, von denen die Bewältigung der mannigfachen Probleme abhängt, so sind diese Dinge doch für eine weitere Öffentlichkeit zu «trocken» und nicht selten auch unverständlich, als daß sie sich dafür interessieren könnte.

Die große Unkenntnis über die Gewerkschaften hindert dennoch gewisse Kreise nicht daran, sie zu kritisieren und sie zu lehren, was ihre Aufgaben seien. Auf anderen Bundeskongressen sind heftige Debatten über die Gewerkschaftspolitik geführt, und es ist über sie in «Kampfabstimmungen» entschieden worden. Mitunter gab es kleine Mehrheiten und große Minderheiten, manchmal war es auch umgekehrt.

Lebendige Bewegung

In einer so breiten demokratischen Bewegung, die hochqualifizierte Industriearbeiter, allgemeine Handarbeiter, wissenschaftlich gebildete Techniker, Aerzte, Hochschullehrer und Professoren umfaßt, die Verbände mit einer mehr als hundertjährigen Tradition einschließt und andere, die erst zwei oder drei Jahrzehnte alt sind, können Meinungsverschiedenheiten über bestimmte Aufgaben inner-

halb der so weitverzweigten modernen Industrie und Wirtschaft nicht verwundern. Es zeugt für die Stärke, für die Größe und für ihren Erfolg, daß die englische Gewerkschaftsbewegung mit Hilfe der demokratisch-parlamentarischen Methode stets diese Meinungsverschiedenheiten zu überbrücken vermochte und die organisierte Kraft für das gemeinsame Ziel zusammenfassen konnte. Der beobachtende Außenseiter freilich sah in der Regel nur die Gegensätze und gab sich Mühe, sie in der Presse und bei andern Gelegenheiten zu vertiefen. Er empfand eine gewisse Schadenfreude, wenn er in seiner Morgen- und Abendzeitung las, wie die Angriffe auf dem Kongreß hin- und herüberflogen und es «Sieger» und «Besiegte» gab. Die Gewerkschafter selbst sahen es anders. Sie akzeptierten die Entscheidung ihres demokratischen Parlamentes. Die Ausnahmen sind sehr selten, in denen disziplinarische Maßnahmen notwendig waren.

Der Bundeskongreß von Brighton 1956 ist von keiner dieser beiden Arten. Der Verfasser hat den meisten Bundeskongressen seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges beigewohnt. Auf keinem hat es so wenig Gegensätze, eine so weitgehende Uebereinstimmung über die Gewerkschaftspolitik in der unmittelbaren Gegenwart und in der nächsten Zukunft und keine so dramatisch zum Ausdruck gekommene Entschlossenheit, die gestellten Aufgaben zu erfüllen, gegeben. Deshalb wird der Brighton-Kongreß von 1956 in der Geschichte der englischen Gewerkschaftsbewegung einen besonderen Platz einnehmen.

Der Bericht des Generalrats

Zum erstenmal in der 38jährigen Geschichte des TUC waren von den 187 angeschlossenen Gewerkschaften mehr als tausend Delegierte zum Kongreß angemeldet. Diesem Rekord stellt sich ein anderer an die Seite: die Mitgliederzahl ist im letzten Jahr um 156 783 gestiegen und betrug am 1. Januar 8 263 741. Nur ein kleiner Teil davon geht auf den Beitritt von zwei neuen Verbänden zurück, der Rest ist ein Nettozuwachs in den einzelnen Verbänden. «Diese mehr als 8 $\frac{1}{4}$ Millionen Gewerkschafter und ihre Familien», so stellt der Präsident des TUC, *W. B. Beard*, fest, «repräsentieren vielleicht mehr als die Hälfte der Bevölkerung Englands.»

Der Bericht des Generalrats, der leitenden Körperschaft des Englischen Gewerkschaftsbundes, umfaßte 442 verschiedene Fragen und Probleme, die im Laufe des letzten Jahres zu bearbeiten waren oder zu denen Stellung genommen werden mußte. Der Kongreß hatte über sie und über 88 Entschließungen Beschluß zu fassen, die von 80 Zentralverbänden eingereicht worden waren. Das Problem, wie eine derart überladene Agenda in viereinhalb Tagen mit zusammen 28 Arbeitsstunden gründlich und ordnungsgemäß bewältigt werden kann, stellt sich von Jahr zu Jahr immer dringlicher, trotz den umfassenden Vorarbeiten durch verschiedene Kommis-

sionen und trotz der straffen Disziplin, durch die sich die Kongresse des Gewerkschaftsbundes wie die keiner anderen Organisation auszeichnen. Es wird gelöst werden, ohne daß der TUC die unerbetenen Ratschläge und andere Einmischungen der Gegner der Gewerkschaftsbewegung annimmt, die in den letzten Jahren in wachsendem Maße besonders von der bürgerlichen Presse und von zu diesem Zwecke gegründeten Vereinigungen erfolgen. Sie verfügen über weitreichende Kanäle, so daß überall im Ausland falsche Behauptungen und unbegründete Beschuldigungen gegen den TUC zirkulieren.

Selbst in England, wo doch für jede Kritik an der Gewerkschaftsbewegung einige Kenntnisse über ihre Geschichte und ihr Wesen Voraussetzung sein sollten, ist der Gewerkschaftsbund und sein Generalrat immer wieder Attacken ausgesetzt, die sachlich unbegründet sind. Der Generalsekretär, *Vincent Tewson*, nahm auf einer Pressekonferenz den TUC gegen diese Angriffe und Vorwürfe in Schutz. Der TUC könne, so sagte er, nicht die Politik der Gewerkschaften beschließen. Er sei gebildet worden, um die allgemeine Gewerkschaftspolitik der angeschlossenen Verbände zusammenzufassen, die weiterhin ihre Autonomie besitzen. Nur wenn eine Gewerkschaft gegen die allgemeinen Interessen der Gewerkschaftsbewegung verstößt oder wenn sie sich einem disziplinarischen Beschluß nicht fügt, kann der Generalrat sie von der Zugehörigkeit zum TUC suspendieren, aber nicht ausschließen. Die Gewerkschaft kann dann an den Jahreskongreß appellieren. Bei ihm allein liegt die letzte Entscheidung. Der TUC und sein Generalrat können auch keinerlei Verhandlungen über Lohnabkommen und Arbeitsverträge führen. Sie sind eine Angelegenheit der einzelnen Verbände. Erst im vorigen Jahr wurde dem Generalrat das Recht zugesprochen, bei einem Arbeitskonflikt in Beratungen mit den beteiligten Gewerkschaften einzutreten, *bevor* die Verhandlungen abgebrochen sind oder sich totgelaufen haben. Der Generalrat hat keine Notwendigkeit gesehen, im abgelaufenen Jahre von diesem Recht Gebrauch zu machen.

Der politische Angriff auf den Lebensstandard

Seit 1939, dem Jahre des Ausbruchs des Zweiten Weltkrieges, ist es berechtigt, von einer Zusammenarbeit des TUC mit der Regierung zu sprechen. Sie wurde enger, als im Sommer 1940 der damalige Generalsekretär der größten englischen Gewerkschaft, des Verbandes der Transport- und allgemeinen Arbeiter, *Ernest Bevin*, in der «nationalen» Kriegsregierung das Amt des Arbeitsministers übernahm. Die schönsten Früchte dieser Zusammenarbeit reiften für die arbeitende Bevölkerung Englands in den Jahren 1945 bis 1950 unter der Arbeiterregierung. Der TUC wurde von ihr zu Vorschlägen für alle Gesetze und wichtigsten Regierungsmaßnahmen eingeladen, die die Arbeiterinteressen betrafen. Alle die großen Reformen, die in jener Periode durch die Wirtschafts- und Sozialgesetzgebung durch-

geführt wurden, erfüllten Forderungen, die die gewerkschaftlichen Bundeskongresse seit Jahrzehnten in ihren Beschlüssen niedergelegt hatten. Es blieben Beschlüsse übrig, für deren Verwirklichung sich die sechs Jahre Arbeiterregierung als eine zu kurze Frist erwiesen.

Aber die Tatsache ist anerkannt, daß die leichte Verbesserung des Lebensstandards, die die englische Arbeiterschaft in den ersten Nachkriegsjahren erreichte, der Erfolg des mit gewerkschaftlicher Hilfe gewonnenen Wahlsieges der Arbeiterpartei und der Zusammenarbeit der Arbeiterregierung und des TUC ist. Gewiß ist es richtig, daß die Gewerkschaften dabei nicht nur die Empfangenden waren. Der Schatzkanzler *Sir Stafford Cripps* brachte den TUC dazu, im Interesse der Preisstabilisierung und einer beschleunigten Entwicklung der Wirtschaft einem Lohnstop zuzustimmen. Das geschah im Jahre 1948, und es war das erstemal, daß der TUC im Interesse der Gesamtwirtschaft einen solchen Beschluß faßte. Die Gewerkschaften konnten sich um so eher dazu bereitfinden, weil gleichzeitig die Profite durch eine Steuer wesentlich gekürzt, die Dividenden beschränkt, die Lebensmittelpreise durch staatliche Zuschüsse nahezu stabil gehalten wurden und der Lebensstandard durch den Ausbau der Sozialleistungen eine Stütze erhalten hatte.

Dieser Lohnstop war nur als ein zeitweiliges «Notopfer» der Lohn- und Gehaltsverdiener gedacht. Er sollte die Preisstabilisierung erleichtern, den Aufstieg der Warenausfuhr fördern helfen und damit zur Stärkung der Wirtschaft beitragen, auf der sich dann später eine weitere Verbesserung des Lebensstandards aufbauen sollte. Obwohl die dem TUC angeschlossenen Verbände in der Lohnpolitik völlig autonom sind, hat sich doch die weitaus größte Mehrzahl an den Beschluß gehalten und sich in den folgenden Jahren große Beschränkung in den Lohnforderungen auferlegt. Nur jene Gewerkschaften, deren Mitglieder einen Lohn hatten, der weit hinter dem Durchschnitt zurückblieb, mußten auf eine Erhöhung bestehen, und das wurde auch von der Regierung anerkannt. Tatsächlich hat sich der nominale Stundenlohn in den Jahren 1948 und 1949 nach dem amtlichen Index nur um knapp 2 Prozent erhöht.

Die Verschärfung der Spannung zwischen West und Ost, die starke Steigerung der englischen Rüstungsausgaben, der Ausbruch des Krieges in Korea und die damit verbundene Preiserhöhung für die Weltrohstoffe zerschlugen das Stabilisierungsprogramm der Arbeiterregierung. Die Preisspirale geriet seit 1950 in heftige Umdrehungen trotz dem nahezu völligen Stillstand der Arbeiterlöhne.

Das war die Situation, die es der Konservativen Partei ermöglichte, 1951 den Wahlkampf mit dem Schlager zu führen: «Für Preisstabilisierung, wähle konservativ!» Sie gewann damit eine Mehrheit, zwar nicht unter den Wählern, aber doch im Parlament. Der Generalrat des TUC, an die erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Arbeiterregierung gewöhnt und als Instrument zum Schutze der

Lebensinteressen seiner Mitglieder, erklärte, daß seine Bereitschaft zu einer freundlichen Zusammenarbeit mit der Regierung auch in der Zukunft nicht von deren Zugehörigkeit zu einer bestimmten Partei beeinflußt werde und daß er sie im Interesse der Gewerkschaften und der Wirtschaft fortsetzen wolle.

Es konnte zunächst scheinen, daß die Regierung unter Sir Winston Churchill als Premierminister ein solches Verhältnis mit dem TUC – im Gegensatz zur offenen Opposition – schätze. Jedoch ihre politische Aufgabe, die Macht und das Parlament für die Interessen der Industrie- und Handelsgesellschaften und für das Bankkapital einzusetzen, wollte sie deswegen nicht vernachlässigen. Nach ihrer Meinung war von der Arbeiterregierung für die Gewerkschaften und für die Arbeiterschaft zuviel getan worden; die Maschinerie der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialgesetzgebung mußte – nach ihrer Meinung – auf den entgegengesetzten Gang umgeschaltet werden. Und sie wurde umgeschaltet. Zuerst langsam, aber seit dem Herbst 1955 schneller und schneller.

Nur auf einiges von dem, was sie produziert hat, sei hingewiesen: Die Profit- und Dividenden- und andere Besitzsteuern wurden entweder ganz abgeschafft oder stark ermäßigt. Die Staatskasse wurde dadurch jährlich um Steuereinnahmen im Betrage von rund 30 Milliarden Franken beraubt. Millionen der Aermsten erhielten bei diesen wiederholten Steuer«reformen» keinen Rappen! Im Gegenteil! Ihnen wurden neue Lasten aufgebürdet: Die Gebühren für den unentgeltlichen staatlichen Gesundheitsdienst wurden eingeführt bzw. erhöht; den Schulkindern wurden die Schulspeisungen verteuert; die Zuschüsse zur Stabilisierung der Lebensmittelpreise wurden abgebaut, und mit der Aufhebung der Preiskontrollen begannen die Preise davonzurennen; die Wohnungsmieten wurden erhöht und das Elend der Wohnungsnot durch die Einschränkung des gemeindlichen Wohnungsbaus verlängert.

Der Generalrat und die Bundeskongresse warnten die Regierung. Sie warnten nicht nur, sondern ihre Beauftragten gingen zu den verantwortlichen Ministern und trugen ihnen persönlich die konstruktiven Vorschläge für eine Stabilisierung der Preise und der Währung, für die stetige Entwicklung der Wirtschaft und des Außenhandels und für den Ausgleich der Zahlungsbilanz vor. Zweimal im Jahre wurde der Regierung ein eingehendes Memorandum der Gewerkschaften über die Maßnahmen zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme übergeben.

Von Jahr zu Jahr beharrte der TUC darauf, daß von gewerkschaftlicher Seite nichts unternommen wird, was die wirtschaftlichen Schwierigkeiten vermehren und beschleunigen könnte. Jeder der letzten Bundeskongresse hat den Beschluß über die Beschränkung in den gewerkschaftlichen Lohnforderungen erneuert. Das konnte unter den inzwischen veränderten Verhältnissen nicht länger völligen

Lohnstop bedeuten, sondern nach vorausgegangener Teuerung einen entsprechenden Lohnausgleich. Nur zu leicht ist von den Gegnern der Gewerkschaften übersehen worden, daß die Gewerkschaften damit ein großes Opfer auf sich nahmen. Denn die Beschränkung auf den Ausgleich der Erhöhung der Lebenshaltungskosten schloß ein, eine Verbesserung des Lebensstandards, der durch die Aushöhlung von Labours Sozialreformen beschädigt worden ist, bis auf weiteres aufzuschieben.

Aber selbst diese beschränkte Forderung ist den Gewerkschaften verübelt worden. Es wurde ihnen «Mißbrauch der Macht» und die «Förderung der Inflation» vorgeworfen. Nur vereinzelt sind diese unbegründeten Beschuldigungen aus dem bürgerlichen Lager zurückgewiesen worden. Der konservative «Observer» erinnerte am Tage vor dem Bundeskongreß daran, daß nicht die Gewerkschaften, sondern der Schatzkanzler *Macmillan* selbst, als der «Hauptarchitekt der Inflation» zu gelten habe. Der liberale «Manchester Guardian», der oft gegen die Gewerkschaftsbewegung Stellung nimmt, schrieb am 3. September:

Mit der Macht, die die englische Gewerkschaftsbewegung besitzt, muß sie als eine der am wenigsten selbstsüchtigen Organisation der Welt bezeichnet werden. Zurückblickend auf zehn Jahre Vollbeschäftigung — eine ertragsreiche Wirtschaft mit zu viel Arbeit — kann man wirklich über die Mäßigung in den Forderungen der Gewerkschaften erstaunt sein. Sie haben gute Löhne gewünscht und sie haben sie erhalten; aber trotz der Fernsehantennen und der Autos ohne Garagen in den Gemeindefiedlungen haben sie selten unbegründet hohe Löhne verlangt. Selbst die Bergarbeiter, die sich einer so starken Verhandlungsposition erfreuen, daß sie sie zu jeder Zeit für Erpressungen gebrauchen könnten, haben ihre Macht mit Zurückhaltung gebraucht. Es ist für den Rest unseres Volkes unbequem, daß sie drei Wochen Arbeitsferien wünschen; aber sie haben zehn Jahre gewartet, bevor sie um drei Wochen gebeten haben. Sie haben ihre Löhne höher als die meisten andern Industriearbeiter hinaufgebracht, aber im Verhältnis zu ihrer Macht nicht unmäßig hoch.

Einmütige Entschlossenheit zur Verteidigung

Oft werden die gewerkschaftlichen Anstrengungen auf einen Ausgleich der Teuerung mit dem Hinweis auf den Index der Kleinhandelspreise als unbegründet zurückgewiesen, weil er eine geringere Preiserhöhung ausweist. «Jede Hausfrau weiß aber», so wurde in der Debatte auf dem Bundeskongreß ausgeführt, «daß in Wirklichkeit die Preise beträchtlich mehr gestiegen sind, als der Index zugibt». Der Vertreter der Post- und Telegraphengewerkschaft stellte dazu fest, daß seit der vor einigen Monaten vorgenommenen Revision der amtliche Kleinhandelspreisindex nicht länger für die ärmeren Bevölkerungsschichten zutrifft, weil das «Gewicht» der Ausgaben für Nahrung, Licht und Heizung, die bei den Familien

mit niedrigem Einkommen den größten Teil der Ausgaben ausmachen, in dem neuen Index herabgesetzt worden ist. Die Methoden der Aufstellung der amtlichen Lohn- und Sozialstatistiken begünstigen im allgemeinen nicht die Lohn- und Gehaltsverdiener. Und dennoch läßt sich mit ihnen nicht die Behauptung stützen, daß sich der Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung nach 1948 verbessert habe. Der Lohnanteil am gesamten Volkseinkommen ist 1955 nicht höher, als er 1948 war! Aber die Produktivität ist in der gleichen Periode um mindestens 25 Prozent gestiegen.

Die Gewerkschaften haben ihr Höchstmaß für die Sicherung einer ruhigen Aufwärtsentwicklung beigetragen. Wenn sich dennoch das Tempo der Steigerung von Produktivität und Warenausfuhr verlangsamt und die Schwierigkeiten sich verschärft haben, so ist dafür die Regierung und ihre Wirtschaftspolitik verantwortlich. Angesichts der Gefahren, die sie damit heraufbeschworen hat, sucht sie nach einem anderen Schuldigen und klagt vor der Öffentlichkeit die Gewerkschaften an. Sie sollen ihre Unschuld durch einen neuen Lohnstop beweisen. Er wird ihnen ausgerechnet jetzt zugemutet, wo eine bedeutende Preisheraufsetzung für Milch und Brot bevorsteht, so daß das tägliche Brot dann in diesem Jahre um 50 Prozent verteuert sein wird. Für andere Lebensmittel und Bedarfsartikel geht die «schleichende» Teuerung weiter.

Ein neuer empfindlicher Rückschlag im Lebensstandard des Volkes wäre die Folge, der nicht ohne Rückwirkungen auf die Produktivitätsentwicklung und die Volksgesundheit bleiben könnte. Doch das für die Arbeiterklasse Herausfordernde ist, daß die Regierung nicht gleichzeitig eine gesetzliche Profit- und Dividendenbeschränkung vornehmen will. Die Gesellschaftsprofite waren im vorigen Jahre um 25 Prozent und in den ersten sieben Monaten 1956 um 12 Prozent höher als im vorhergehenden Jahr. Die Börsengewinne sind auf Rekordhöhe. Die Regierung will die Freiheit für die Steigerung der Einkommen ohne Arbeit nicht beschränken, sondern nur die Löhne und Gehälter der Arbeitenden. Auf diese Zumutung des Schatzkanzlers Macmillan ist ihm von dem Vertreter der größten englischen Gewerkschaft, *Frank Cousins*, diese Antwort erteilt worden:

Wenn wir die Periode der Freiheit für alle akzeptieren sollen, so erklären wir, daß wir ein Teil dieser «alle» sind. Der Schatzkanzler hat gesagt, er würde es gern sehen, von unserem Kongreß eingeladen zu werden. Was denkt er, was unser Kongreß ist? Vielleicht ein Filmfestival? Wir würden gern einen Schatzkanzler hier sehen, aber wir werden warten, bis es wieder ein Labour-Schatzkanzler ist.

Zehn Gewerkschaften, darunter die fünf größten, legten dem Bundeskongreß eine EntschlieÙung vor, die für die jüngsten Inflationserscheinungen die Regierung verantwortlich macht, die durch die

Aufhebung der Wirtschaftskontrollen die Wirtschaft in Schwierigkeiten hineingetrieben und sich selbst der Mittel beraubt habe, sie in einer Krisenzeit unter ihre Kontrolle zu bekommen. «Der Kongreß besteht auf dem Recht der Arbeit», so heißt es dann weiter, «gleichberechtigt mit dem Kapital zu verhandeln und ihre Verhandlungsmacht für den Schutz der Arbeiter vor den Härten einer ungeplanten Wirtschaft zu gebrauchen. Er weist die Vorschläge zurück, diese Kontrolle durch einen Lohnstopp zurückzugewinnen und die nationalisierten Industrien als einen Rettungsanker für die Wirtschaft zu gebrauchen.» Der Generalrat soll erneut bei der Regierung für die Rückkehr zur geplanten Wirtschaft mit wirksamen wirtschaftlichen Kontrollen vorstellig werden, in der allein die erfolgreichen Mittel für die Wiederherstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts und des Ausgleichs der Zahlungsbilanz gesehen werden. Die Debatte, an der die Vertreter der Transportarbeiter, Gemeindearbeiter, Eisenbahner, Tischler, der Handelsangestellten, der Schiffsbauer und anderer Industrien teilnahmen, brachte in dramatischer Weise die geschlossene Opposition der Gewerkschaften gegen die Regierungspolitik und den Willen für die Verteidigung des Lebensstandards des Volkes zum Ausdruck. Der Generalrat gab der EntschlieÙung seine Zustimmung, und der Kongreß nahm sie einstimmig an. Unmittelbar vor der Abstimmung wandte sich der Hauptredner, Frank Cousins, von den Transportarbeitern, noch einmal an die Regierung. «Geben Sie uns eine halbe Chance», so sagte er, «zu sehen, daß Sie sich bemühen, die Wirtschaftsprobleme zu lösen und dabei die Lasten nicht nur unserer Seite aufzubürden, und ich bin sicher, Sie werden auf Zusammenarbeit rechnen können.»

Das Problem der Automation

Die Automation ist im letzten Jahr von den englischen Gewerkschaften eingehend diskutiert und vom Generalrat und einer Reihe von Verbänden gründlich untersucht worden. Sie hat bisher nicht zu größeren Arbeitskonflikten geführt. Im Falle der Standard Motor Co. in Coventry, die ohne vorherige Fühlungnahme mit den Betriebsvertrauensleuten und den Gewerkschaften plötzlich 3600 Arbeiter entließ, anerkannte die Direktion des Unternehmens die nachträglich erhobene Forderung, bei künftig notwendig werdenden Entlassungen vorher mit den Betriebsvertrauensleuten und den Gewerkschaften zu beraten und den Entlassenen eine Entschädigung zu zahlen. Die später erfolgte Entlassung von 6000 Arbeitern der British Motor Co. war nicht durch die Automation verursacht. Der Generalrat legte dem Bundeskongreß dazu ein umfangreiches Memorandum vor, dessen Inhalt in einem Anhang am Schluß dieses Artikels skizziert ist. Die von mehreren Gewerkschaften eingereichte EntschlieÙung anerkennt die Automation als eine Möglichkeit für

einen besseren Lebensstandard und mehr Freizeit. Die Gewerkschaften erklären, daß sie ihre Mitglieder gegen jede rücksichtslose Anwendung der Automation durch die Unternehmer schützen werden. Sie bestehen darauf, daß die Vollbeschäftigung der Wirtschaft aufrechterhalten bleibt und daß bei Einführung oder Planung der Automation vorher Beratungen zwischen Vertretern der Unternehmer, Arbeiter und Gewerkschaften stattfinden müssen und daß dabei die Interessen der Arbeiter, insbesondere die Aufrechterhaltung der Arbeit und der Verdienste, weiter aber auch die Herabsetzung der Preise der Waren, die durch die Automation produziert werden, die volle Berücksichtigung finden. Eine zweite EntschlieÙung schlug ein staatliches Planungsamt für Automation unter Kontrolle eines Ministeriums vor. Die große Mehrzahl der Gewerkschaften hatte ernste Bedenken, die Regierungsbürokratie in die Probleme der Automation hereinzunehmen, und lehnte mit starker Mehrheit diese zweite EntschlieÙung ab.

Stellungnahme zu internationalen Fragen

Unter diesem Punkte der Agenda des Kongresses werden alljährlich von einigen Verbänden EntschlieÙungen vorgelegt, die ein engeres Zusammenarbeiten des TUC mit den russischen Gewerkschaften und einen Schritt des TUC beim Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) wünschen, um eine Diskussion seines Verhältnisses mit dem Weltgewerkschaftsbund herbeizubringen. Der Generalrat und die Mehrheit der Gewerkschaften lehnen beides ab. Sie haben diese Haltung auch in diesem Jahre mit großen Mehrheiten bestätigt.

Volle Einmütigkeit bestand in der Verurteilung des Spielens mit dem Gebrauch der Gewalt im Suezkanal-Konflikt, an dem einige Minister durch ihre Reden teilnehmen und das andere hinter der Regierung stehende Kreise in der Presse und auf andere Art zu lange gefördert haben. Die vom Generalrat dazu vorgelegte EntschlieÙung gibt der Auffassung Ausdruck, daß die Lösung des Kanalproblems die souveränen Rechte Aegyptens und ebenso die kritische Bedeutung des Kanals in den Weltangelegenheiten anerkennen sollte. Sie hofft, daß die Vorschläge der 18 Regierungen zu einer schnellen Lösung führen, und warnt vor dem Gebrauch der Gewalt: «Sollten die Beratungen zusammenbrechen», so endet die EntschlieÙung, «so sollte keine Gewalt gebraucht werden, bis die Frage den Vereinten Nationen überwiesen ist und diese ihre Zustimmung gegeben haben.»

*

Der Bundeskongreß hat auch zu anderen Aufgaben, die zu seinem fast unbegrenzten Tätigkeitsgebiet gehören, den Vorschlägen des Generalrats einmütig zugestimmt und den Weg gezeigt, auf dem in

der Erziehung, in der Wohnungspolitik und in der Sozialversicherung den Interessen der arbeitenden Menschen zum Vorteil der Gesamtwirtschaft und des Volkes gedient werden kann.

K. F. Bieligk, London

Aus dem Memorandum des Generalrates über Automation

Der Generalrat legte dem Kongreß in einem längeren Memorandum das Ergebnis seiner Untersuchung über die *Einführung der Automation in der englischen Wirtschaft* vor. Er ist der Ueberzeugung, daß es sich nur um eine neue Phase in der technologischen Entwicklung handelt. Die Hauptsache sei, daß das Wesen der Probleme, die sie aufwirft, verstanden wird. Denn sie seien nicht zu lösen, wenn sie falsch gesehen würden. Der Generalrat weist die Annahme zurück, daß die Automation zu sozialen Unruhen und zu einem solchen Elend führen werde, wie die industrielle Revolution des 18. und 19. Jahrhunderts, als die Gewerkschaftsbewegung noch schwach war. Eine solche Annahme schließe einen Mangel an Vertrauen in die Gewerkschaftsbewegung ein, ihre Mitglieder zu schützen.

Die Gewerkschafter interessieren sich an der Automation zweierlei: ihre möglichen Vorteile und die Bedrohungen. Der Generalrat sagt dazu: «Als Arbeiter erwarten sie von ihr höhere Löhne, eine kürzere Arbeitswoche, Verlängerung der Arbeitsferien, allgemeine Verbesserung der Arbeitsbedingungen, insbesondere des Gesundheits- und Sicherheitsschutzes, und eine Beschäftigung, die sie mehr befriedigt. Als ein Glied ihrer Industrie sind sie an höherer Leistungsfähigkeit und Produktivität interessiert, die zu niedrigeren Produktionskosten und damit zu einer Verbesserung der Konkurrenzfähigkeit führt, die wiederum eine höhere Stabilität der Beschäftigung sichert, die Voraussetzung für eine Erhöhung des Lebensstandards ist. Die andere Seite der Automation sind für sie die Bedrohungen: Versetzung zu niedriger bezahlter Beschäftigung oder ganz überflüssig zu werden; Entwertung der gewerblichen und fachlichen Schulung; Einstufung in niedrigere Lohnklassen mit geringerer Aussicht auf Beförderung. Aber weder die Vorteile noch die Bedrohungen sind besondere Eigenschaften der Automation; sie können sich auch aus anderen Veränderungen in der Wirtschaft ergeben. Die Arbeiterschaft und ihre Organisationen hatten immer mit den Veränderungen in der Industrie und mit den Problemen, die sich daraus ergeben, fertig zu werden.»

Dem bestehenden *kollektiven Verhandlungssystem* kommt nach der Meinung des Generalrates die wichtigste Bedeutung zu. Es muß mit den Problemen fertig werden. «Viel hängt dabei davon ab, wie rapid die Automation künftig in der Industrie eingeführt wird und inwieweit sie bisherige Produktionsformen ersetzt oder eine völlig neue Entwicklung mit neuen Produkten bedeutet.» Der Generalrat habe stets die Notwendigkeit für Veränderungen in der Beschäftigung und in der Wirtschaft anerkannt; vorausgesetzt, daß sie mit der geringsten Härte durchgeführt werden. «Die Gewerkschaften wünschen», so wird ausgeführt, «daß die Automation nicht zu schnell und nicht zu langsam vor sich geht; nicht so schnell, daß das kollektive Verhandlungssystem nicht die Möglichkeit hat, mit den unvermeidlichen Problemen fertig zu werden, und nicht so langsam, daß die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft gefährdet und dadurch die Vollbeschäftigung bedroht wird. Die sozialen und wirtschaftlichen Vorteile müssen mit den Folgen abgewogen werden, die sie für die Entwicklung und die Angleichung der